

Lena Sachs

Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen

Eine kritische Analyse

Nach dem Ende des Kalten Krieges und der Wiedervereinigung Deutschlands begann in den 90er Jahren ein Wandel der Aufgaben der Bundeswehr weg von den »klassischen Aufgaben« wie Landesverteidigung und militärische Abschreckung. Die neue Ausrichtung der Bundeswehr nach dem Motto »Helfen, Retten, Schützen«, wie es der ehemalige Generalinspekteur Dieter Wellershoff benannte, diente der Legitimation von »out-of-area«-Einsätzen, um weltweit ökonomische, ökologische und militärische Stabilität zu sichern und somit die »deutschen Interessen« zu wahren.¹⁾ In das Aufgabenspektrum der Bundeswehr traten zunehmend militärische Operationen jenseits von Krieg, wie beispielsweise das Überwachen von Friedensvereinbarungen, das Vermitteln zwischen und Trennen von Konfliktparteien, das Sichern von Grenzen (auch gegen Migrationsbewegungen), Einsätze im Inneren, humanitäre Hilfe bei Naturkatastrophen oder Unterstützung des Wiederaufbaus in Krisenregionen.²⁾ Langsam wurden die Gesellschaft und die Bundeswehr auf Einsätze außerhalb der Landesverteidigung eingestimmt. 1973/74 und 1978 war die Bundeswehr im Nahen Osten, 1988/89 in Somalia und 1989 im Sudan bei Einsätzen im Transportwesen tätig. 1991 hatte sie sich bereits an einer Suche nach Minen- und Massenvernichtungswaffen im Persischen Golf beteiligt, und 1992 wurden deutsche Soldaten nach Kambodscha geschickt, um den dortigen Einsatz mit der Bereitstellung eines Feldlazarettes zu unterstützen. Ein weiterer Auslandseinsatz deutscher Soldaten folgte ein Jahr später im Rahmen der Überwachung des Luftraums über Jugoslawien mit Aufklärungsflugzeugen der Nato. Seit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 12. Juli 1994 sind laut dem Grundgesetz militärische Einsätze auch außerhalb der Bündnisgrenzen zugelassen. Bereits 1995 folgte der erste »echte« militärische, von Nato, EU und Uno legitimierte Einsatz im ehemaligen Jugoslawien.³⁾ Seit den 1990er Jahren müssen SoldatInnen der Bundeswehr auf dem Balkan, in der Kaukasusregion, am Horn von Afrika, im Nahen Osten und auf dem afrikanischen Kontinent ihren Dienst leisten.⁴⁾

1) Vgl. Bald, 2005, S. 144 f.

2) Vgl. Kümmel, 2005, S. 52.

3) Vgl. Bald, 2005, S. 146 ff.

Unter dem Motto »Schulfrei für die Bundeswehr« haben sich überall in der Republik Gruppen zusammengeschlossen, die gegen die zunehmende Militarisierung des Bildungswesens aktiv sind. Anlass waren Kooperationsvereinbarungen, die die Bundeswehr in mittlerweile acht Bundesländern mit Kultusministerien getroffen hat. Damit erhält die Bundeswehr einen privilegierten Zugang zu Schulen, in die LehrerInnenfortbildung und in die Ausbildung von ReferendarInnen.

Als Reaktion darauf gründeten sich nicht nur Bündnisse, die den Zugang des Militärs in die Schulen generell ablehnen und deshalb die Kündigung der Kooperationsvereinbarungen fordern, sondern auch Zusammenschlüsse von Gruppen aus dem Friedensbildungsbereich, die eigene Kooperationsvereinbarungen fordern oder bereits abgeschlossen haben (wobei manche Gruppen oder VertreterInnen von diesen z.T. beiden Bündnissen angehören). Wir dokumentieren die Kooperationsvereinbarung des Netzwerks Friedensbildung Rheinland-Pfalz mit dem dortigen Kultusministerium aus dem letzten August sowie eine kritische Pressemitteilung von Friedensgruppen dazu.

Eingeleitet wird das Thema durch den Beitrag »Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen. Eine kritische Analyse« von Lena Sachs. Unter diesem Titel erscheint in diesen Tagen ihr Buch. Lena Sachs ist Erziehungswissenschaftlerin und hat den Text in ihrem Studium an der Pädagogischen Hochschule Freiburg im Breisgau als Masterarbeit verfasst. Mit freundlicher Genehmigung des Centauris-Verlags veröffentlichen wir die Kapitel »Rahmenbedingungen der Zusammenarbeit heute« (zwischen Bundeswehr und Bildungseinrichtungen), »Die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und Schulen« sowie teilweise »Die Jugendoffiziere als Akteure politischer Bildung«. (www.centauris-verlag.de; ISBN 9783862261345; 100 Seiten; 18,80 Euro)

Abgeschlossen wird das Thema mit einem grundsätzlichen Beitrag zur Friedensbildung in der Schule von Bernhard Nolz.

4) Vgl. BMVg, 2006, S. 22

Dieser Wandel der Bundeswehr, hin zu einer weltweit agierenden Armee im Einsatz, geriet unter zunehmenden Legitimationsdruck gegenüber der Bevölkerung. Die Zahl der Wehrdienstverweigerungen stieg infolgedessen trotz kleinerer Jahrgänge an. Während 1994 146.000 Zivildienstleistende im Einsatz waren, wurden 1995 160.569 Kriegsdienstverweigerungen, darunter 2.322 Soldaten und 840 Reservisten, eingereicht.⁵⁾ Immer intensiver mussten die Jugendoffiziere über sicherheitspolitische Zusammenhänge im Allgemeinen »informieren«, und die inhaltliche Ausrichtung der Argumentation für die Verteidigungspolitik hat sich zunehmend vom »wie« zum »warum« entwickelt. Die Hauptaufgabe der Jugendoffiziere lag zu dieser Zeit darin, der Bevölkerung und den zukünftig Wehrpflichtigen die Gründe für die weltweiten Einsätze klarzumachen.⁶⁾

Militarisierung nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001

Mit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 auf das World Trade Center und das Pentagon vollzog sich eine weitere Militarisierung der Streitkräfte und der deutschen Außenpolitik. Mit dem von George W. Bush, Jr. ausgerufenen »Krieg gegen den Terror« gewannen die »klassischen« Funktionen des Militärs, wie Verteidigung, Abschreckung und Angriff, scheinbar auch in Deutschland wieder an Bedeutung zurück, und »Kampfaufgaben« wurden, wie beim Einsatz in Afghanistan seit 2001, wieder in den Mittelpunkt gerückt.⁷⁾ Militärische Einsätze im Ausland werden jedoch nicht mehr aufgrund unmittelbarer Bedrohungen vollzogen, sondern mit abstrakten, globalen Risiken begründet, wie beispielsweise Terrorismus, Piraterie oder der Verletzung von Menschenrechten.⁸⁾ Die Einsatztruppen stehen heute meist nichtstaatlichen Gewaltakteuren gegenüber, welche oft nicht an einer Lösung von Konflikten interessiert sind, sondern von diesen profitieren.

Seit dem Wandel der Aufgaben der Bundeswehr von der Landesverteidigung hin zu »out-of-area«-Einsätzen geriet im Zuge der Angst vor terroristischen Anschlägen auch die Option des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren zunehmend in Erwägung. Die Bundesregierung versucht seitdem, gegen verfassungsrechtliche Hürden, die Möglichkeiten des Einsatzes der Bundeswehr im Inneren zu erleichtern.⁹⁾

Legitimationsprobleme der Bundeswehr

Seit dem Jahr 2000 hat sich die Aussage vom damaligen Verteidigungsminister Peter Struck, »die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt«, in die sicherheitspolitischen Debatten eingebracht und steht stellvertretend für die neue außenpolitische Ausrichtung der Bundeswehr.

Folgende Studien zeigen, wie die deutsche Bevölkerung zu dieser neuen Ausrichtung der Sicherheitspolitik steht: Im Jahre 2008 betrug die Zustimmung der Bevölkerung zum Einsatz von »Friedenstruppen« der Vereinten Nationen (VN) in Afghanistan laut dem Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (Sowi) 64 %. Von rund einem Drittel der Befragten wurde jedoch bezweifelt, dass dieser Einsatz Afghanistan helfe, sich zu einem freien, sicheren und wohlhabenden Land zu entwickeln. 19 % glaubten, diese Chancen werden durch den Einsatz verhindert, und 31 % sahen in diesem eine Erhöhung der Bedrohung der Sicherheitslage in Deutschland. Im Allgemeinen wurde der Einsatz von 36 % als Erfolg, von 38 % als teilweise erfolgreich und von 17 % als Misserfolg gesehen. Den Einsätzen von »Friedenstruppen« der Nato und der EU im Kosovo, in Bosnien und Herzegowina stimmten jeweils 70 % der Befragten zu.¹⁰⁾ Obwohl auch ablehnende Haltungen der Bevölkerung gegenüber dem Einsatz in Afghanistan zum Ausdruck kommen, erscheinen durch die Studie des Sowi die Einstellungen der Bevölkerung zur Bundeswehr und ihrem weltweiten Agieren als leicht positiv.

Eine andere im Jahre 2008 durchgeführte Studie im Auftrag der Abteilung medizinische Psychologie und medizinische Soziologie der Universität Leipzig vom Meinungsforschungsinstitut Usuma bezüglich militaristischer und antimilitaristischer Einstellungen in der Bevölkerung kann jedoch auf andere Ergebnisse verweisen. Diese zeigen, dass der Großteil der deutschen Bevölkerung möchte, dass weniger Geld für Rüstung ausgegeben wird, und glaubt, dass schon die Androhung von militärischen Mitteln Schaden anrichtet. Außerdem hält die Mehrheit der Befragten Kriege für moralisch verwerflich und bezweifelt eine Rechtfertigung von Kriegen durch den Schutz von Freiheit und Menschenrechten. Mehr militaristische Zustimmung als Ablehnung gibt es lediglich dafür, dass die Bundeswehr mit moderner Technik ausgestattet sein muss und ein Staat militärische Stärke brauche, um verhandeln zu können. Im Großen und Ganzen reagiert die Bevölkerung, dieser Studie zu Folge, emotional negativ auf Militärisches.¹¹⁾

5) Vgl. Bald, 2005, S. 151.

6) Vgl. Witt, 1984, S. 25.

7) Vgl. Kümmel, 2005, S. 53.

8) Vgl. Kanter / Sandawi, 2005, S. 43.

9) Vgl. Fiebig / Pietsch, 2010, S. 100.

10) Vgl. Fiebig / Pietsch, 2010, S. 98f.

11) Vgl. Chors / Brähler, 2009, S. 52f.

Nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa von 2009 im Auftrag des Sterns befürworteten 55 % einen Rückzug der deutschen SoldatInnen aus Afghanistan und nur 38 % sprachen sich gegen einen Abzug aus.¹²⁾

Auch im Jahresbericht der Jugendoffiziere von 2009 wird darauf hingewiesen, dass Jugendliche die militärischen Einsätze der USA im Irak und in Afghanistan überwiegend ablehnen.¹³⁾

Die Bevölkerung steht dem weltweiten militärischen Einsatz der Bundeswehr also durchaus kritisch gegenüber. Diese Tatsache ist Anlass für die Bundeswehr, ihren Einfluss auf die heranwachsenden Generationen in ihrem Interesse zu verstärken und die Kooperation mit den Kultusministerien zu intensivieren.

Rekrutierungsprobleme der Bundeswehr

Doch nicht nur die Remilitarisierung der Außenpolitik und die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber dieser, sondern auch die Umstrukturierungen der Bundeswehr, wie die 2011 in Kraft getretene Wehrdienstreform und damit einhergehende Rekrutierungsprobleme, bieten Anlass zu verstärkten Bemühungen im Einsatz an Schulen.

Aus dem Jahresbericht der Jugendoffiziere von 2010 geht hervor, dass die Jugendlichen die Legitimation von Streitkräften grundsätzlich nicht hinterfragen und die Bundeswehr in dieser Gruppe breit akzeptiert ist. Die Bereitschaft, selbst Wehrdienst abzuleisten, ist jedoch nicht sehr verbreitet. Bezüglich der Einstellungen von Jugendlichen wird daher folgendes Fazit gezogen: »Bundeswehr ja – aber ohne mich!¹⁴⁾

Ab dem 1. Juli 2011 wurde nach einem Beschluss des Bundestages die Wehrpflicht offiziell ausgesetzt und zugleich der freiwillige Wehrdienst eingeführt.

Der Verteidigungsminister Thomas de Maizière erklärte, das Land brauche moderne, leistungsstarke, wirksame, international geachtete, im Bündnis verankerte und nachhaltig finanzierbare Streitkräfte, die sich flexibel neuen Herausforderungen anpassen können.¹⁵⁾ Dafür benötige man, statt einer großen Zahl von Soldaten, professionelle Streitkräfte. »Eine Wehrpflichtarmee lässt sich erstens sicherheitspolitisch nicht mehr begründen, sie ist zweitens militärisch auch nicht mehr erforderlich und drittens wäre eine umfassende Wehrgerechtigkeit nicht mehr gewährleistet.¹⁶⁾, so de Maizière.

Der zukünftige Bundeswehrumfang soll von 250.000 auf 185.000 Soldatinnen und Soldaten reduziert werden und zusätzlich aus 55.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestehen. Die Streitkräfte setzen sich aus 170.000 Berufs- und Zeitsoldatinnen und Soldaten (Reservistinnen und Reservisten eingeschlossen) und aus einer Anzahl von 5.000 bis zu 15.000 freiwillig Wehrdienstleistenden zusammen. Für Einsätze sollen ca. 10.000 Soldatinnen und Soldaten zeitgleich verfügbar sein.¹⁷⁾ Bereits über 20 % der freiwilligen Wehrdienstleistenden haben in den ersten Monaten ihren Dienst quittiert.¹⁸⁾

Es kann davon ausgegangen werden, dass sich mit der Einführung der Freiwilligenarmee das BewerberInnenpotenzial der Bundeswehr stark verschieben wird und verstärkte Bemühungen angestrebt werden, sich Zugang zu potenziellen RekrutInnen zu verschaffen. Auch diese Tatsache stellt die Bundeswehr vor Herausforderungen und ist Anlass für Werbemaßnahmen und verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, welche die Rekrutierungsprobleme ausgleichen sollen.

Die Werbeoffensive der Bundeswehr

Die Zunahme der Bemühungen der Bundeswehr, den Einfluss auf das Bildungssystem zu intensivieren, ist in den Kontext einer erweiterten Werbeoffensive eingebunden.

Die Ausgaben der Nachwuchswerbung für die Armee sind in den letzten Jahren massiv angestiegen. Während die Kosten für Nachwuchswerbung der Bundeswehr 2009 noch bei 12 Millionen Euro lagen, waren diese für 2012 bereits auf 29 Millionen Euro veranschlagt.¹⁹⁾ Neben den Jugendoffizieren der Bundeswehr, die ausdrücklich nicht zur Nachwuchswerbung eingesetzt werden dürfen, gibt es die WehrdienstberaterInnen der Bundeswehr, deren Aufgabe es ist, für den Wehrdienst und eine berufliche Laufbahn bei der Bundeswehr zu werben. Das Dienstpostensoll der Wehrdienstberatungsoffiziere beträgt 109, von denen im Jahr 2009 98 und im Februar 2011 105 Dienstposten besetzt waren. Das Dienstpostensoll der Wehrdienstberatungsfeldwebel beträgt 281.²⁰⁾

Im Jahr 2010 fanden neben Veranstaltungen an Arbeitsämtern, Hochschulen oder Messen 12.935 Werbeveranstaltungen von WehrdienstberaterInnen an Schulen statt.²¹⁾ Im Vergleich zum Vorjahr (12.648 Veranstaltungen 2009) wird ein leichter Anstieg deutlich.²²⁾ Neben den Vorträgen von WehrdienstberaterInnen in Schulen oder bei

12) Vgl. Stern, 2009.

13) BMVg; 2009, S. 12.

14) BMVg, 2010, S. 22.

15) Vgl. De Maizière@re, 2011.

16) De Maizière@re, 2011.

17) Vgl. BMVg, 18.05.2011.

18) Vgl. Brendle, 2011, Stern, Dez. 2011.

19) Vgl. IMI, Oktober 2011.

20) Vgl. Bundesregierung, 2011, S. 5.

21) Vgl. ebenda, S. 6.

22) Vgl. Bundesregierung, 2010, S. 22.

sonstigen Veranstaltungen hat die Bundeswehr noch allerhand weitere Werbemaßnahmen in peto, um ihren Bedarf an neuen Rekruten zu decken:

Seit 2006 ist der »Karriere-Treff« der Bundeswehr im Einsatz, der dazu dient, die Bundeswehr als Arbeitgeber darzustellen. Im Mittelpunkt des »Karriere-Treffs« steht der begehbare »Karriere-Truck«, in dem sich Jugendliche an Touchscreen-Monitoren über berufliche Möglichkeiten bei der Bundeswehr informieren können. Außerdem stehen WehrdienstberaterInnen mit Auskünften und Werbematerialien zur Verfügung. Zusätzlich ist oftmals auch der »Kino-Truck« im Einsatz, in dem 3-D-Armeefilme angeschaut werden können. Auch eine Kletterwand, das Bundeswehr-Quiz »Auf Zack«, ein Flugsimulator oder Fahrzeuge der Bundeswehr sind meist mit von der Partie. Oftmals treten auch bekannte Musikgruppen im Rahmen der mehrtägigen Werbeveranstaltung auf.

Die Ausrüstung des »Karriere-Treffs« spricht vor allem Jugendliche an. Es geht hierbei nicht darum, über Risiken von Einsätzen aufzuklären oder über den Sinn und Zweck der Bundeswehr nachzudenken. Stattdessen sollen Jugendliche für die Bundeswehr geködert werden.²³⁾

Im Jahr 2006 fand die Veranstaltung 15 Mal statt und im Jahr 2010 bereits 40 Mal, was die Bundeswehr 1.336.951,99 Euro aus ihrem Werbeetat kostete.²⁴⁾ Für das Jahr 2011 waren bundesweit 33 »Karriere-Treffs« geplant. »Bei allen Veranstaltungen können Schulklassen die Möglichkeit eines kostenfreien Bustransfers zum »Karriere-Treff« und zurück in Anspruch nehmen.«²⁵⁾

Bei den seit 2002 zweijährlich in der Sportschule für Bundeswehr stattfindenden »Bundeswehr-Olympix« nahmen 2008 rund 1.200 Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren an Wettkämpfen verschiedener Sportarten teil. Der Freiraum zwischen den Sportveranstaltungen wird von der Bundeswehr mit Werbeveranstaltungen, Flugsimulationen oder einer Ausstellung von Bundeswehrfahrzeugen gefüllt. Für die Veranstaltung sind in etwa 3.000.000 Euro veranschlagt.²⁶⁾

Eine weitere Maßnahme zur Nachwuchsgewinnung ist das Angebot von »Bundeswehr-Adventure-Games«, welches sich an Mitglieder der Internet-Community »treff-bundeswehr.de« und LeserInnen des Jugendmagazins Bravo richtet.²⁷⁾ Die Veranstaltung mit Abenteuercharakter beinhaltet beispielsweise simulierte Fallschirmsprünge oder Rettungsübungen und wird meist in Bundeswehrstandorten durchgeführt. Die »Bundeswehr-Adventure-Games« mit nur 30 TeilnehmerInnen dauern bis zu fünf Tage.²⁸⁾

»BW Musix« ist ein seit 2003 unregelmäßig stattfindender Musikwettbewerb, bei dem Jugendorchester vor einer Jury der Bundeswehr gegeneinander antreten. »Aus der Sicht der Bundeswehr sind natürlich auch die Öffentlichkeits- und Nachwuchsarbeit Gründe für diesen Wettbewerb: »Wir wollen unaufdringlich mitteilen, dass die Bundeswehr berufliche Möglichkeiten in vielen Bereichen bietet.«²⁹⁾

Auch die Bundeswehr Big Band gilt als »neue musikalische Geheimwaffe«³⁰⁾, denn mit ihr sind meist auch Werbematerialien, Militärfahrzeuge und WehrdienstberaterInnen im Einsatz.

Des Weiteren ist die Bundeswehr immer wieder auf Messen präsent. Für das Jahr 2011 war die Teilnahme an 52 Messen geplant. Neben der Bildungsmesse didacta in Stuttgart und der You-Jugendmesse in Berlin stehen beispielsweise auch die Freizeitmesse in Nürnberg, die internationale Handwerksmesse in München oder der Anästhesie-Kongress in Hamburg auf der Agenda.³¹⁾ Das Thema der Messen scheint dabei keine allzu große Rolle zu spielen.

Auch in bundeswehreigenen Online- und Printmedien wirbt die Bundeswehr um neue Rekruten. Die Werbe-Homepage www.treff.bundeswehr.de richtet sich an Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren und bietet neben Informationen zur Armee zahlreiche Unterhaltungsangebote wie Onlinespiele und Videos an. Laut der Bundesregierung gab es 2010 monatlich ca. 195.000 Zugriffe auf diese Seite, wobei im Vergleich zum Vorjahr (168.000 Zugriffe 2009) ein leichter Anstieg zu verzeichnen ist.³²⁾

Die Homepage www.bundeswehr-karriere.de richtet sich an Jugendliche bis 25 Jahre und enthält Informationen rund um die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr. Sie wurde im Jahr 2010 ca. 42.000 Mal aufgerufen. Für diese Homepage sind im Jahre 2010 Ausgaben in Höhe von 19.000 Euro entstanden.³³⁾

Seit 2010 ist die Bundeswehr auch mit einem »Youtube-channel« im Internet präsent, auf dem Videoausschnitte aus dem bundeswehrinternen Fernsehsender »Bundeswehr TV« anzusehen sind.³⁴⁾

Im Jahresbericht der Jugendoffiziere 2010 heißt es: »In der Kommunikation zu sicherheitspolitischen Problemen kommt den Onlinemedien die wichtigste Bedeutung zu.«³⁵⁾

Ein wichtiges Printmedium der Bundeswehr für Jugendliche ist, neben allerhand Werbeproschüren, die »infopost«. Dabei handelt es sich

23) Vgl. Singe, 2010, S. 12.

24) Vgl. Bundesregierung, 2011, S. 1.

25) BMVg, in: bundeswehr-karriere.de.

26) Vgl. Schulze von Glaßer, 2009, S. 2f; Vgl. Singe, 2010, S. 11.

27) Siehe: treff-bundeswehr.de; bravo.de.

28) Vgl. Schulze von Glaßer, 2009, S. 3.

29) Zit. in: Schulze von Glaßer, 2009, S. 4.

30) URL: www.bigband-bw.de/bigband-bw/historie.php (03.05.2011).

31) Vgl. Bundesregierung, 2010.

32) Vgl. Bundesregierung, 2011, S. 7.

33) Vgl. ebenda, S. 8.

34) Siehe: www.youtube.com/user/Bundeswehr.

35) A.a.O. S. 22.

um ein kostenloses Jugendmagazin, welches vierteljährlich erscheint und sich an LeserInnen zwischen 14 und 20 Jahren richtet. Nach dem leitenden Redakteur Franz-Theo Reiß betrachtet das Heft die Bundeswehr nicht kritisch, sondern dient der Nachwuchswerbung.³⁶⁾ Die Auflage der »infopost« betrug 2010 vierteljährlich 180.000 Exemplare, wobei Kosten in Höhe von 153.000 Euro entstanden.³⁷⁾ Darüber hinaus besteht eine Kooperation der Bundeswehr mit dem Jugendmagazin »Bravo«, welches in seinen Medien beispielsweise über die »Bundeswehr-Adventure-Games« berichtet oder auf Gewinnspiele der Bundeswehr verweist³⁸⁾, sowie mit dem Magazin »Spiesser«³⁹⁾.

Für die Kooperation mit diesen und weiteren Medien entstanden in den Jahren 2009 und 2010 Ausgaben von 40.000 Euro für Printmedien und 116.354,92 Euro für Radiomedien.⁴⁰⁾

Von der Bundeswehr werden auch Seminare und Events wie beispielsweise der Jugendpressekongress inszeniert. Einem Artikel der taz zufolge wurde bei den Veranstaltungen verschwiegen, dass es sich dabei um Veranstaltungen der Bundeswehr handelt. Stattdessen wurde bislang die so genannte »Young Leaders GmbH« als Veranstalter angegeben. Dieses Unternehmen führt seit mehreren Jahren Nachwuchsseminare im Auftrag des Verteidigungsministeriums durch. Hierbei findet eine bewusste Täuschung der Schüler und Schülerinnen statt, welche ohne ihr Wissen für Rekrutierungsveranstaltungen geködert werden.⁴¹⁾

■ Die Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und Schulen

In diese außenpolitischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge ist die vermehrte Bemühung der Bundeswehr einzuordnen, die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien der Länder zu intensivieren. Auf Grund von kritischen Stimmen gegen ihr weltweites Agieren sowie des enorm steigenden Bedarfs an freiwilligen BundeswehrsoldatInnen rüstet sich die Bundeswehr durch Kooperationsvereinbarungen mit den Kultusministerien, in denen Grundsätze und Vereinbarungen zur zukünftigen Zusammenarbeit der Institutionen geregelt werden.

Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien

Kooperationsvereinbarungen zwischen den entsprechenden Wehrbereichskommandos und Kultusministerien wurden seit 2008 in folgenden

Bundesländern abgeschlossen⁴²⁾:

- Nordrhein-Westfalen (am 29.10.2008, CDU/FDP)
- Saarland (25.03.2009, CDU, modifizierte Fassung 12.04.2011)
- Baden-Württemberg (04.12.2009, CDU/FDP)
- Rheinland-Pfalz (25.02.2010, SPD)
- Bayern (08.06.2010, CSU/FDP)
- Mecklenburg-Vorpommern (13.07.2010, SPD/CDU)
- Hessen (04.11.2010, CDU/FDP)
- Sachsen (21.12.2010, CDU/FDP)

Die Initiative für den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen ging und geht zumeist vom Verteidigungsministerium aus. Am 16. Juli 2009 schrieb der damalige Verteidigungsminister Jung diesbezüglich einen Brief an den damaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Oettinger (CDU), welcher die Anfrage an den damaligen Kultusminister Helmut Rau (CDU) weiterleitete. Der Inhalt des Anschreibens wurde jedoch nicht öffentlich gemacht. Schon im Dezember desselben Jahres wurde eine Kooperationsvereinbarung für Baden-Württemberg von Helmut Rau und Generalmajor Gert Wessels, Befehlshaber im Wehrbereichskommando IV, unterzeichnet.⁴³⁾

Folgender Wortlaut ist in der baden-württembergischen Kooperationsvereinbarung niedergeschrieben:

»1. Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen. Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtungen gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

2. Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten. Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und

36) Vgl. Schulze von Glaßer, 2009, S. 6.

37) Vgl. Bundesregierung, 2011, S. 7.

38) In: bravo.de.

39) In: spiesser.de.

40) Vgl. Bundesregierung, 2011, S. 8.

41) Vgl. Schmitz / Budweg, 2011.

42) Stand: Januar 2012.

43) Vgl. Pfisterer, 2011.

Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden alle allgemeinbildenden Schulen der Sekundarbereiche I und II und die beruflichen Schulen einbezogen. Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.⁴⁴⁾

In den meisten Punkten gleichen sich die Vereinbarungen der acht Bundesländer, es gibt jedoch auch Unterscheidungen. Die Gemeinsamkeiten der Kooperationsvereinbarungen liegen in der ähnlichen Formulierung der pädagogischen Ziele, die darauf hinwirken sollen, die Schülerinnen und Schüler über Sicherheitspolitik zu informieren und durch die Jugendoffiziere aufzuklären. Sie sollen zur eigenständigen Urteilsbildung und Beteiligung an sicherheitspolitischen Inhalten befähigt werden. In allen Dokumenten ist die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den zuständigen Ministerien sowie zwischen Jugendoffizieren und den Schulen vor Ort das Ziel der Vereinbarung. Es wird festgelegt, dass Jugendoffiziere verstärkt in die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften einbezogen werden sollen. Außerdem sollen die MitarbeiterInnen des Ministeriums und untergeordneten Behörden die Möglichkeit haben, an sicherheitspolitischen Seminaren der Bundeswehr und Besuchen in ihren Einrichtungen teilzunehmen.

Die Ministerien verpflichten sich außerdem dazu, in ihren Online- und Printmedien auf die Bildungsangebote der Bundeswehr aufmerksam zu machen. In den meisten Vereinbarungen sind regelmäßige Auswertungsgespräche der Kooperationspartner und schriftliche Berichterstattungen der Jugendoffiziere zur Zusammenarbeit vereinbart. In Hessen und Mecklenburg-Vorpommern ist dabei vermerkt, dass die Schulen und Lehrkräfte die Verantwortung für die Vermittlung pluraler Standpunkte im Unterricht tragen.

Auch wenn die Verantwortung über die Einbeziehung von Jugendoffizieren und sonstigen Angeboten der Bundeswehr bei den Schulen und bei den zuständigen FachlehrerInnen liegt, die selbstständig über eine Zusammenarbeit entscheiden können, wird diese Tatsache nur in den beiden zuletzt abgeschlossenen Vereinbarungen der Länder Hessen und Sachsen sowie der modifizierten Fassung des Saarlandes ausdrücklich formuliert und kommt in den anderen Dokumenten nicht eindeutig zum Ausdruck. In der sächsischen Vereinbarung werden zusätzlich die Intensivierung einer Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und Jugendoffiziere sowie die Kostenfreiheit von deren Angeboten betont.

Die drei zuletzt unterzeichneten Vereinbarungen der Länder Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und des Saarlandes (erste Fassung) berufen sich in den Schriften ausdrücklich auf die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses durch die Jugendoffiziere. Das Land Nordrhein-Westfalen hat 2001 eigene Rahmenvorgaben für die politische Bildung festgelegt. Eine derartige Institutionalisierung der Kooperation wurde bisher sowohl in Ländern mit der CDU als auch der SPD in der Regierungsmehrheit beschlossen. Signifikante Unterschiede der Inhalte kommen dabei nicht zum Tragen. Die Kooperationsvereinbarung des Saarlandes wurde auf Drängen von Friedensorganisationen, Eltern-, SchülerInnen-, und LehrerInnenverbänden im April 2011 vom Kultusminister Kessel (Bündnis 90/Die Grünen) modifiziert und liegt nun in einer nahezu vollständig überarbeiteten Fassung vor. Es wird betont, neben den Jugendoffizieren auch verstärkt mit VertreterInnen aus der Friedensbewegung sowie anderer Organisationen und Einrichtungen zusammenzuarbeiten. Der Einbezug von Jugendoffizieren in die LehrerInnenausbildung und LehrerInnenfortbildung wird nicht mehr ausdrücklich erwähnt. Kritische Augen betrachten jedoch auch die modifizierte Fassung mit Sorge und sehen in dieser keine Abkehr des Einflusses der Bundeswehr auf die schulische Bildung. Darüber hinaus wird kritisiert, dass mit dieser Vereinbarung auch für andere gesellschaftliche Interessensgemeinschaften, wie beispielsweise Banken oder Wirtschaftskonzerne, die Türen in die Schulen offen sind und sehen darin eine schleichende Privatisierung des Bildungswesens.⁴⁵⁾

In Rheinland-Pfalz wurde am 15.08.2011 zusätzlich eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium und dem »Netzwerk Friedensbildung Rheinland-Pfalz« unterzeichnet, um so eine stärkere Einbeziehung von Friedensorganisationen in die Schulen zu ermöglichen. (*Anm. d. Red.: Siehe dazu den Text der angesprochenen Kooperationsvereinbarung und eine Kritik der Friedenspolitischen Initiative für Schulen ohne Militär im Anschluss an diesen Beitrag von Lena Sachs*)

In Nordrhein-Westfalen hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung im September 2011 einen Erlass verabschiedet, der ebenfalls den Einbezug von Friedensgruppen in den Schulunterricht fördern soll. Als Unterstützung wird den ReferentInnen eine Aufwandsentschädigung von 25 Euro (inklusive Fahrt- und Materialkosten) pro Unterrichtsstunde und 40 Euro pro Doppelstunde zur Verfügung gestellt.⁴⁶⁾ Zahlreiche Friedensinitiativen, wie beispielsweise das Bündnis »Schule ohne Bundeswehr NRW« und »Schulfrei für die Bundeswehr« aus Rheinland-Pfalz, bezeichnen

44) Kooperationsvereinbarung zwischen dem Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg und Wehrbereichskommando IV Süddeutschland der Bundeswehr vom 04.12.2009.

45) Vgl. Götz, 2011.

diesen Weg jedoch als »Feigenblatt« und lehnen eine derartige Lösung ab.⁴⁷⁾

Im Koalitionsvertrag der seit 2011 in Baden-Württemberg bestehenden Koalition aus Grünen und SPD ist keine Abkehr oder Änderung der Kooperationsvereinbarung vorgesehen. Dort ist lediglich das Vorhaben niedergeschrieben, die politische Bildung in Schulen mit Projekten zur Friedenserziehung auszubauen.⁴⁸⁾ In einem Schreiben vom 23.08.2011 an das Freiburger Friedensforum weist die baden-württembergische Kultusministerin Frau Warminski-Leitheußer darauf hin, dass sich die neue Koalition erst ein Bild von der Umsetzung der Kooperationsvereinbarung machen möchte, um dann das weitere Vorgehen bei diesem Thema zu besprechen.⁴⁹⁾

Rechtliche Grundlagen der Kooperationsvereinbarungen

Die Kooperationsvereinbarungen verpflichten Schulen nicht dazu, mit Jugendoffizieren zusammenzuarbeiten. Die Entscheidung über die Einbeziehung derselbigen in den Unterricht liegt bei den Schulen und den jeweiligen FachlehrerInnen. Die Jugendoffiziere weisen in ihren Anschreiben an Schulen und Lehrkräfte zumeist auf die Kooperationsvereinbarungen hin und nutzen den Weisungscharakter der durch die Kultusministerien unterzeichneten Vereinbarungen.

Es kam laut Klaus Pfisterer, Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg, zu Vorfällen, in denen Schulleitungen eigenständig Jugendoffiziere eingeladen haben, ohne rechtzeitig die FachlehrerInnen, deren Unterrichtsstunden beansprucht wurden, zu informieren. In diesen Fällen war es nicht möglich, die Schülerinnen und Schüler auf den Besuch des Jugendoffiziers vorzubereiten. In solchen Situationen ist es den FachlehrerInnen jedoch rechtlich möglich, eine Zusammenarbeit mit den Jugendoffizieren zu verweigern. Schulleitungen können, wenn sie von ihrem Hausrecht Gebrauch machen, Jugendoffizieren den Zutritt zu den Schulen verweigern. Die GesamtlehrerInnenkonferenz hat laut dem baden-württembergischen Schulgesetz die Möglichkeit, einen Ausschluss von Jugendoffizieren aus der Schule zu beschließen, denn »die Beschlüsse der Gesamtlehrerkonferenz sind für Schulleiter und Lehrer bindend.«⁵⁰⁾ Schülerinnen und Schüler sind bei Besuchen der Bundeswehr zur Anwesenheit verpflichtet. »Verstöße gegen die Schulpflicht kann die Schule mit Zwangsmitteln durchsetzen. Die Schulpflicht entfällt auch nicht, wenn der Vor-

trag der Jugendoffiziere gegen das Neutralitätsgebot verstößt (...)«⁵¹⁾

Bei der Möglichkeit, Kinder auf Antrag der Eltern von derartigen Schulveranstaltungen befreien zu lassen, scheint es sich bislang um eine rechtliche Grauzone zu handeln. In der Regel sind schulische Veranstaltungen in Kooperation mit der Bundeswehr verpflichtend. Elternverbände sowie Friedens- und Menschenrechtsinitiativen wie »terre des hommes« raten jedoch dazu, Befreiungsanträge bei den Lehrkräften und Schulleitungen einzureichen und stellen für diesen Zweck online Musteranträge zur Verfügung. Einige Schulleitungen und Lehrkräfte genehmigen Freistellungen vom Unterricht, auch um Aufruhr zu vermeiden, welcher die Schule in ein schlechtes Licht rücken könnte. Auch für angehende Lehrkräfte gibt es im Rahmen des Referendariats verpflichtende Veranstaltungen in Kooperation mit den Jugendoffizieren.⁵²⁾

Auswirkungen der Kooperationsvereinbarungen

Laut der Bundesregierung soll mit diesen Kooperationsvereinbarungen »die Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, der Schulgesetze der Bundesländer und der Rahmenvorgaben für politische Bildung (...) intensiviert, die Kommunikation zwischen den Kultus- und Schulministerien der Länder und der Bundeswehr (...) über Sicherheitspolitik im Unterricht verbessert, die Teilnahme von Lehramtsanwärtern und Lehrern bei Aus-, Fort- und Weiterbildungen der Jugendoffiziere im Rahmen von sicherheitspolitischen Seminaren gefördert und die Informations- und Bildungsangebote der Jugendoffiziere in den Amtsblättern und Onlinemedien der Schulministerien kommuniziert werden. Die Kooperationspartner sind sich bewusst, dass die Schulen in eigener Zuständigkeit über die Ausgestaltung der Umsetzung der Kooperationsvereinbarungen entscheiden.«⁵³⁾

Die Vereinbarung dient als Türöffner für die Bundeswehr und ermutigt Lehrkräfte aufgrund der Legitimation durch das Kultusministerium dazu, auf die Angebote der Jugendoffiziere zurückzugreifen. Durch das Informationsangebot in den Medien der Kultusministerien lässt sich das Angebot der Jugendoffiziere weit unter die Lehrerschaft streuen. Vor allem durch die Einbeziehung der Jugendoffiziere in die Lehramtsausbildung werden einerseits Sichtweisen der Bundeswehr an zukünftige Lehrer und Lehrerinnen vermittelt und andererseits Kontakte für eine längerfristige Zusammenarbeit aufgebaut. Durch die Kooperati-

46) Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW, 2011.

47) Vgl. Kapitel 10.

48) Vgl. Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD, Baden-Württemberg 2011-2016, S. 10.

49) Vgl. Warminski-Leitheußer, 23.08.2011.

50) § 44 Schulgesetz Baden-Württemberg.

51) Vgl. Thöne, Schreiben vom 19.08.2010.

52) Siehe dazu Kapitel 7.6.

53) Bundesregierung, 2010, S. 8.

onsvereinbarungen wird die Zusammenarbeit also in erheblichem Maße intensiviert.

Auch die Bundesregierung erwartet aufgrund der institutionalisierten Kooperation eine verstärkte Nachfrage nach den Jugendoffizieren in den jeweiligen Bundesländern, denn »die ersten Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen zeigen, dass sich die Kooperationsvereinbarung bewährt hat und noch mehr Vertrauen in der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und den Jugendoffizieren entwickelt werden konnte. Hieraus resultierte auch eine verstärkte Nachfrage nach Informationsvorträgen der Jugendoffiziere in den Schulen.«⁵⁴⁾

Die Jugendoffiziere, insbesondere die Bezirksjugendoffiziere, sind bemüht, auch in den anderen Bundesländern Vereinbarungen durchzusetzen. Es wurden bundesweit alle Länder angeschrieben, mit dem Ziel, derartige Kooperationsvereinbarungen zu schließen. In Bremen wurde eine Kooperation beispielsweise aus dem Grund abgelehnt, dass sich die Zusammenarbeit bewährt hat und der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung nicht für notwendig gehalten wird.⁵⁵⁾

Von Seiten der Bundeswehr wird bemängelt, dass bezüglich dieser Zusammenarbeit ein zu großer Spielraum besteht, und gewünscht, die Einbeziehung von Jugendoffizieren in den Unterricht verbindlich festzulegen.⁵⁶⁾ Es ist also davon auszugehen, dass die Bundeswehr mit der unverbindlichen Kooperationsvereinbarung nicht den gewünschten Einfluss auf das Bildungswesen erreicht hat, sondern Bestrebungen herrschen, die Kooperationsvereinbarungen in den restlichen Bundesländern durchzusetzen sowie diese in ihrer Verbindlichkeit zu intensivieren.

Das Verteidigungsministerium nimmt durch Absprachen mit den Kultusministerien der Länder also weiterhin zunehmend Einfluss auf das Bildungswesen und somit auf die politische Bildung von Schülerinnen und Schülern. Dieser Einfluss manifestiert sich vorwiegend im Einbezug der Jugendoffiziere der Bundeswehr in den Schulunterricht. Im Folgenden werden die Arbeit sowie der Auftrag der Jugendoffiziere, als Akteure der politischen Bildung und Personifizierung der Militarisierung im Bildungswesen, genauer dargestellt.

Die Jugendoffiziere als Akteure politischer Bildung

»Die Informationsarbeit der Bundeswehr zielt (laut dem BMVg) vor allem darauf ab, Vertrauen zu begründen, die Anerkennung der Bevölkerung zu erhalten, Nachwuchs zu gewinnen sowie das berufliche Selbstverständnis und die Einsicht des

Soldaten zu fördern. Die Bundeswehr sucht, wo immer möglich, die direkte Kommunikation mit dem Bürger. Informationsarbeit umfasst als Aufgabe nach außen die Teilgebiete Öffentlichkeitsarbeit, Pressearbeit und Nachwuchswerbung und als Aufgabe nach innen die Truppeninformation.«⁵⁷⁾

Die Jugendoffiziere der Bundeswehr werden seit 1958 als wichtiger Bestandteil der Informationsarbeit im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr verstanden. Sie sollen heute den Sinn und Auftrag der deutschen Streitkräfte verdeutlichen und der Öffentlichkeit als Experten für Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Verfügung stehen. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt dabei auf Schulbesuchen in den Oberstufen. Sie sind also weitestgehend in der politischen Bildung tätig und sollten bisher unter anderem den künftigen Wehrpflichtigen den Sinn des Wehrdienstes erläutern.⁵⁸⁾

Zu ihrem weiten Aufgabenspektrum gehören auch das Mitwirken in der Ausbildung von ReferendarInnen und in der Weiterbildung von Lehrkräften, die Durchführung des Simulationsspiels »Politik & Internationale Sicherheit« (POL&IS), die Organisation von Seminarfahrten und Besuchen bei der Truppe sowie Öffentlichkeitsarbeit bei Großveranstaltungen.

Die einzelnen Aufgabenfelder der Jugendoffiziere werden im Verlauf dieses Kapitels genauer betrachtet.

Die Zielgruppe der Jugendoffiziere ist ab dem 14. Lebensjahr nach oben offen, wobei jedoch hauptsächlich die Generation der Heranwachsenden und MultiplikatorInnen, wie ReferendarInnen und Lehrkräfte, erreicht werden sollen.⁵⁹⁾ Das Dienstpostensoll der Jugendoffiziere beträgt bundesweit insgesamt 94, von denen 2011 jedoch nur 89 Stellen besetzt waren. Eine Vollbesetzung gab es zuletzt im Jahr 2008.⁶⁰⁾ Darüber hinaus sind seit 2005 in allen Bundesländern insgesamt 16 Bezirksjugendoffiziere im Einsatz, welche die Zusammenarbeit mit den Kultusministerien, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen koordinieren. Des Weiteren gibt es 250 nebenamtliche Jugendoffiziere, um die Arbeit der hauptamtlichen Jugendoffiziere zu unterstützen und um in Kasernen als Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung zu stehen.⁶¹⁾

Die Ausbildung der Jugendoffiziere

Bis heute sind die globalen Verstrickungen rund um das Themenfeld der Sicherheitspolitik immer komplexer geworden. Daher sehen die Jugendof-

54) Ebenda, S. 9.

55) Vgl. ebenda.

56) Vgl. Rogge, 1979, S. 80.

57) BMVg: ZDv 10/1. Zf. 361; 362. Zit. in: Cassens, 2006, S. 16f.

58) Vgl. BMVg, 2009, Handbuch der JgdOffz, S. 9.

59) Vgl. Bach, 2009, S. 3.

60) Vgl. Bundesregierung, 2011, S. 5.

61) Vgl. Pfisterer, 2011.

fiziere ihre Aufgabe vor allem darin, als Experten über die internationalen Zusammenhänge zu informieren. Um als Fachleute in diesem Bereich auftreten zu können, sind Jugendoffiziere Offiziere, die über mehrere Jahre Berufserfahrung bei der Bundeswehr verfügen, oft auf Erfahrungen in Auslandseinsätzen zurückblicken und ein Hochschulstudium absolviert haben.⁶²⁾

Die Themenschwerpunkte der Ausbildung zum Jugendoffizier liegen auf dem Erlernen von rhetorischen Fähigkeiten wie Verhaltens- und Argumentationsweisen, der politischen Bildung zu Themen der Sicherheitspolitik und einer inhaltlichen Schulung zu strittigen Bundeswehrthemen. Auch Informationen über die Zielgruppe, wie Einstellungen, Verhaltensweisen und Interessen von Jugendlichen, sind Bestandteil der Ausbildung.⁶³⁾ Laut der Webseite des Verteidigungsministeriums dauert diese intensive Ausbildung rund drei Monate und umfasst, neben Lehrgängen an der Akademie der Bundeswehr für Information und Kommunikation, auch eine Reise in die USA.⁶⁴⁾

In einer Veröffentlichung zum 50-jährigen Jubiläum der Jugendoffiziere wird Hauptmann Csenda folgendermaßen zitiert: »Die wichtigsten inhaltlichen Punkte der Ausbildung umfassen zum einen, dass man noch mal ein intensives Kommunikationstraining erhält, darüber hinaus noch einmal eine thematische Vertiefung des Themenkomplexes Sicherheitspolitik und dass man entsprechend auf seine Tätigkeit als Jugendoffizier im Einsatz, sprich im Unterricht auf die Zielgruppe vorbereitet wird.« Jedoch nicht nur das fachliche Wissen, sondern auch das persönliche Auftreten der Offiziere ist von erheblicher Bedeutung bei deren politischer Bildungsarbeit. Um einen besonderen Zugang zu den jungen Menschen zu gewährleisten, sind Jugendoffiziere meist selber nur zwischen 27 und 32 Jahre alt und bleiben nur bis zu drei Jahre auf diesem Dienstposten.⁶⁵⁾

Die »Kommunikationsprofis« sollen Experte und Sympathieträger in einer Person sein,⁶⁶⁾ denn oftmals sind Jugendoffiziere der erste und einzige Kontakt von Schülerinnen und Schülern zur Institution Bundeswehr. Sie stehen als »Mr. Bundeswehr« für den ganzen Offizierskorps und repräsentieren die Bundeswehr.⁶⁷⁾

»Eine persönliche Meinung bleibt ihnen unbenommen. Sie müssen sie nur als solche kennzeichnen.«⁶⁸⁾ Fregattenkapitän Hans-Jürgen Maier wünschte sich das Auftreten des Jugendoffiziers als »frisch und jugendlich, (er) kann sogar noch etwas jungenhaft wirken. Er muss redegewandt,

schlagfertig und mit einer Portion Humor begabt sein. Er soll ein Mensch sein, zu dem man gern Kontakt sucht und der seinerseits leicht Kontakt findet. Auch soll er ein ausgeprägtes Interesse am politischen und sonstigen Tagesgeschehen haben.«⁶⁹⁾

Wirkungsbereich und Auftrag der Jugendoffiziere

Sowohl Nachwuchswerbung als auch die politische Bildung der Bundeswehr an Schulen werden von Seiten der Bundeswehr als Öffentlichkeitsarbeit verstanden. Dabei gibt es aber zumindest formal eine strikte Rollenverteilung zwischen den Jugendoffizieren und den WehrdienstberaterInnen.

Seit 1961 ist festgelegt, dass Jugendoffiziere nicht um Nachwuchs für die Bundeswehr werben dürfen.⁷⁰⁾ Sowohl im Handbuch für Jugendoffiziere als auch in den meisten Kooperationsvereinbarungen zwischen den Kultusministerien und der Bundeswehr wird deutlich auf diesen Aspekt hingewiesen. In diesem Sinne wird unter Nachwuchswerben das Darstellen der Berufs- und Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Bundeswehr verstanden.

Für die Anwerbung von Nachwuchskräften für die Bundeswehr sind allein die WehrdienstberaterInnen zuständig, welche wie die Jugendoffiziere im Bereich Öffentlichkeitsarbeit angesiedelt sind. Ihre Aufgabe ist es, möglichst viele BewerberInnen für eine Laufbahn bei der Bundeswehr zu gewinnen. Während sich die Jugendoffiziere eher mit dem »warum« der Bundeswehr und der Begründung ihrer Einsätze auseinandersetzen, informieren die WehrdienstberaterInnen über Berufsmöglichkeiten und Aufstiegschancen bei der Bundeswehr.⁷¹⁾

Da Jugendoffiziere weitestgehend in der politischen Bildung tätig sind, sind diese dazu verpflichtet, sich an die Richtlinien für politische Bildung zu halten.

Der Beutelsbacher Konsens als Richtlinie für die politische Bildung

Unter politischer Bildung werden alle intendierten Maßnahmen verstanden, die auf eine Veränderung der politischen Einstellungen und Verhaltensweisen von Personen und Gruppen abzielen.⁷²⁾ Politische Bildung in Schulen hat das Ziel, die Grundlagen der politischen Ordnung zu vermitteln und die Schülerinnen und Schüler zu politischer Urteilsfähigkeit zu befähigen.⁷³⁾

62) Vgl. Informations- und Medienzentrale der Bundeswehr, 2010, S. 19.

63) Vgl. Humburg, 2008.

64) Vgl. BMVg, Teil 5. Die Gegenwart.

65) Vgl. Humburg, 2008.

66) Vgl. BMVg, 2009, Handbuch der JgdOffz, S. 5.

67) Vgl. BMVg, 2009, Handbuch der JgdOffz, S. 7.

68) BMVg, 2009, Handbuch der JgdOffz, S. 6.

69) Hans Jürgen Meyer, zit. nach: Witt, 1984, S. 26.

70) BMVg, Teil 1. Die Gründerjahre.

71) Vgl. BMVg, Moritz am 11.03.2010.

72) Vgl. Schierholz, 1977, S. 11f.

73) Vgl. Schneider 1999, S. 171.

Bei dem Beutelsbacher Konsens handelt es sich um Richtlinien für die politische Bildung, um zu verhindern, dass diese instrumentalisiert wird. Die Richtlinien beruhen auf dem Minimalkonsens einer Tagung im Jahre 1976, an welcher DidaktikerInnen verschiedener Richtungen teilnahmen. Die Grundsätze sind dem Protokoll dieser Sitzung zu entnehmen und bieten Orientierung für die Lehrpläne in Sozial- und Gemeinschaftskunde sowie die politische Bildung bei der Bundeswehr.⁷⁴⁾ Der Beutelsbacher Konsens definiert Qualitäten pädagogischen Handelns in der politischen Bildung, ohne dabei bestimmte inhaltliche Ziele vorauszusetzen. Er setzt sich aus folgenden drei Grundsätzen zusammen:

Das Überwältigungsverbot besagt: »es ist nicht erlaubt, den Schüler »mit welchen Mitteln auch immer« im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der »Gewinnung eines selbstständigen Urteils« zu hindern.«⁷⁵⁾ Politische Bildung ist nach diesem Grundsatz das Gegenteil von Instrumentalisierung.⁷⁶⁾

Um das Überwältigungsverbot einhalten zu können, muss der zweite Grundsatz des Beutelsbacher Konsens, das Kontroversitätsgebot, gewährleistet werden. Dieses besagt: »Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen«. Dabei dürfen keine Standpunkte und Optionen unterschlagen werden oder Alternativen unerörtert bleiben.⁷⁷⁾

Der dritte Grundsatz scheint mir in Anbetracht der Diskussion um die Bundeswehr in Schulen als nachrangig, soll aber der Vollständigkeit wegen erwähnt werden. Er beinhaltet das Ziel, dass Schülerinnen und Schüler durch die politische Bildung in die Lage versetzt werden müssen, ihre eigene Interessenslage zu analysieren und nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Lage im Sinne ihrer Interessen zu beeinflussen.⁷⁸⁾ Von verschiedenen Didaktikern, wie beispielsweise Herbert Schneider, wurden diesen Grundsatz betreffend Änderungsvorschläge gemacht. Politische Bildung müsse demnach nicht nur zur Veränderung im Sinne der eignen Interessen befähigen, sondern dabei auch die Mitverantwortung für das soziale Zusammenleben und das politische Ganze tragen.⁷⁹⁾

Die Richtlinien der politischen Bildung nehmen bei der Untersuchung der Zusammenarbeit

zwischen den Schulen und der Bundeswehr eine wichtige Rolle ein und sind zugleich in dieser schwer zu fassen. Zum einen ist der Beutelsbacher Konsens von Bedeutung, weil sich die Länder Hessen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern in den Kooperationsvereinbarungen direkt auf diesen verpflichten, zum anderen ist interessant, dass sich bei der Kontroverse um diese Zusammenarbeit sowohl die Befürworter als auch die Gegner der Zusammenarbeit auf das Überwältigungsverbot und das Kontroversitätsgebot beziehen und diese Grundsätze als Argumentationsgrundlage ihrer Position nutzen. Die Gegner einer Einbeziehung von Jugendoffizieren in den Sozialkundeunterricht und sonstiger Zusammenarbeit zwischen den Institutionen prangern an, dass durch diese das Überwältigungsverbot sowie das Kontroversitätsgebot gebrochen werden, da die Jugendoffiziere logischerweise die verteidigungspolitischen Prinzipien der Bundeswehr vertreten und militärische Mittel als notwendig dargestellt werden, ohne pazifistische Gegenpositionen glaubwürdig in die Darstellungen einzubeziehen.⁸⁰⁾ Aber auch von Seiten der Bundeswehr wird ihr Einsatz in den Schulen durch die Selbstverpflichtung, sich an diese Grundsätze der politischen Bildung zu halten, legitimiert. In einem Antwortschreiben auf eine Petition gegen den Einsatz von Jugendoffizieren heißt es von Seiten des Verteidigungsministeriums:

»Die Jugendoffiziere kommunizieren ihre Fachinhalte auf Grundlage sowohl des Beutelsbacher Konsens von 1976 als auch des Münchner Manifests von 1997. Damit verfolgen sie einen ganzheitlichen und pluralistischen Bildungsansatz, der im methodisch-didaktischen Vorgehen schülerorientiert ist und sich besonders dem Kontroversitätsgebot und dem Überwältigungsverbot [sic!] verpflichtet fühlt.«⁸¹⁾

Ob es sich bei der Aussage um einen »Freud'schen Versprecher« handelt bzw. inwieweit der Beutelsbacher Konsens tatsächlich in der politischen Bildung der Jugendoffiziere eingehalten wird oder eingehalten werden kann, wird im Anschluss an die Darstellung und Analyse dieser politischen Bildung zu beantworten versucht.

Redaktioneller Hinweis: Das vollständige Verzeichnis der Quellen ist auf der Forum-Pazifismus-Website als PDF-Dokument abrufbar unter der Adresse: www.forum-pazifismus.de/Download/FP-33-0112-SACHS-QUELLEN.PDF



74) Vgl. Schiele, 1996, S. 1f.

75) Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

76) Vgl. Schiele, 1996, S. 3.

77) Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

78) Ebenda.

79) Vgl. Schneider, 1996, S. 227f.

80) Vgl. hierzu z.B.: Pfisterer, 2011; Lutz 1984.

81) BMVg, Moritz am 11.03.2010.